

Inhalt dieser Ausgabe:

Nr.			Seite
80	Kreis Coesfeld	Bekanntmachung und Genehmigung der Öffentlich-rechtlichen Vereinbarung der Städte bzw. Gemeinden Lüdinghausen, Nordkirchen, Olfen, Senden und Werne zum Betrieb einer Musikschule vom 18. Dez. 2013	173
81	Kreis Coesfeld	Öffentliche Auslegung des Entwurfs des Landschaftsplanes Baumberge-Nord	175
82	Kreis Coesfeld	Bekanntmachung gem. § 12 der 9. Verordnung zur Durchführung des Bundes-Immissionsschutzgesetzes zum Betrieb einer Anlage zum Halten von Mastschweinen in Lüdinghausen	176

80/2014 - Kreis Coesfeld

Bekanntmachung und Genehmigung der Öffentlich-rechtliche Vereinbarung zum Betrieb einer Musikschule vom 18. Dezember 2013

Von den Beteiligten,

1.) der Stadt Lüdinghausen - Beteiligte zu 1.)

und

den Städten und Gemeinden

- 2.) Nordkirchen,
 - 3.) Olfen,
 - 4.) Senden,
 - 5.) Werne,
- Beteiligte zu 2.) - 5.) -

wird die öffentlich-rechtliche Vereinbarung vom 22.06.1995 zum Betrieb einer Musikschule für den Musikschulkreis Lüdinghausen gemäß §§ 23, 24 des Gesetzes über kommunale Zusammenarbeit (GkG NRW) i.d.F. d. Bek. v. 01.10.1979 (GV NRW S. 621/ SGV NRW 202), zul. geänd. d. G. v. 05.04.2005 (GV NRW S. 274) abgeändert und wie folgt neu gefasst:

Vorbemerkung

(1) Seit der kommunalen Neugliederung im Jahre 1975 übernimmt die Stadt Lüdinghausen die Durchführung der Aufgaben zum Betrieb einer Musikschule für sich sowie – im Rahmen einer Aufgabendelegation nach dem Gesetz über kommunale Gemeinschaftsarbeit (GkG NRW) – für die Städte und Gemeinden Nordkirchen, Olfen, Senden und Werne. Die zunächst als Einrichtung des (Alt-) Kreises Lüdinghausen geführte Kreismusikschule ist seitdem eine von den genannten Städten und Gemeinden unterstützte und von ihren Einwohnern in Anspruch genommene Musikschule der Stadt Lüdinghausen in Form einer nicht rechtsfähigen Anstalt öffentlichen Rechts mit dem Namen „Musikschulkreis Lüdinghausen“ (nachfolgend: Musikschulkreis).

(2) Die Beteiligten wollen mit dem Musikschulkreis interessierte Einwohner an die Musik heranzuführen, sie im Spiel von Musikinstrumenten und im Singen ausbilden und das Laienmusizieren fördern. Insbesondere soll bei Kindern und Jugendlichen die Freude am Musizieren geweckt, eine musikalische Begabung frühzeitig erkannt und gegebenenfalls auch eine Berufsausbildung vorbereitet werden.

(3) In den nachfolgenden Bestimmungen regeln die Beteiligten die Aufgabenübertragung und legen die Rechte und Pflichten der Stadt Lüdinghausen als Anstaltsträgerin und Aufgabeübernehmerin (nachfolgend Beteiligte zu 1.) sowie der aufgabeübergebenden Städte und Gemeinden (nachfolgend: Beteiligte zu 2.)-5.) fest.

§ 1

Aufgabenübertragung

(1) Die Beteiligte zu 1.) übernimmt für die Beteiligten zu 2.) - 5.) die Durchführung der Aufgaben einer Musikschule und betreibt eine Musikschule mit dem Namen „Musikschulkreis Lüdinghausen“ in Form einer nicht rechtsfähigen Anstalt öffentlichen Rechts. Die Anstalt trägt für alle Veranstaltungen bei den Beteiligten den Zusatz „Musikschule ... (Name der Beteiligten)“.

(2) Die Beteiligten zu 2.) - 5.) verzichten für die Dauer dieser Vereinbarung auf den Betrieb einer eigenen, gleichartigen Einrichtung und wirken mit der Beteiligten zu 1.) bei der Aufgabendurchführung nach Maßgabe der nachfolgenden Bestimmungen zusammen.

§ 2

Grundlagen der Zusammenarbeit

(1) Die Arbeit des Musikschulkreises ist ausgerichtet an den in einer gemeinsamen Zielvereinbarung der Beteiligten konkretisierten kommunal- und kulturpolitischen Interessen der Beteiligten und an den damit in Einklang stehenden Richtlinien und Empfehlungen des Verbandes deutscher Musikschulen.

(2) Die organisatorischen Einzelheiten des Musikschulkreises regelt eine Anstaltssatzung (Musikschulsatzung), die von der Beteiligten zu 1.) im Einvernehmen mit den Beteiligten zu 2.) - 5.) für das gesamte Gebiet beschlossen wird.

§ 3

Erteilung von Unterricht; Finanzierung

(1) Der Musikschulkreis bietet bei allen Beteiligten für deren Einwohner Musikschulunterricht (Kurse) in der Grundstufe (Musikalische Früherziehung und Musikalische Grundausbildung) und im Instrumental- und Vokalunterricht möglichst ortsnah an.

(2) Zur Deckung der nicht durch sonstige Einnahmen (Unterrichtsgebühren, Landeszuschüsse, Spenden etc.) getragenen Kosten des Musikschulkreises leisten alle Beteiligten finanzielle Zuschüsse nach Maßgabe von § 6.

§ 4

Geschäftsstelle und Kontaktstellen

(1) Die Beteiligten zu 1.) richtet für den Musikschulkreis eine Geschäftsstelle ein, in der die Angelegenheiten der laufenden Verwaltung des Musikschulkreises erledigt werden.

(2) Alle Beteiligten unterhalten Kontaktstellen (Ansprechpartner in den Rathäusern) für die vor Ort zu regelnden Angelegenheiten.

§ 5

Unterrichtsräume

(1) Die Beteiligten stellen dem Musikschulkreis die für die Musikschularbeit vor Ort erforderlichen Räume für Lehrveranstaltungen und die für den Unterricht erforderlichen schwer transportablen Instrumente (Klavier oder Flügel) zur Verfügung.

(2) Die Beteiligten legen im einzelnen fest, wo der Unterricht stattfindet. Sofern einzelne Kurse vor Ort zu gering besucht werden, kann eine Zusammenlegung mit entsprechenden Kursen in anderen Städten und Gemeinden des Musikschulkreises erfolgen.

§ 6

Unterrichtsorganisation und Finanzierungsmodalitäten

(1) Die Beteiligten stellen der Beteiligten zu 1.) für den Betrieb des Musikschulkreises als Finanzierungsanteil die gemäß § 9 durch den Musikschulausschuss vorberatenen gemeindlichen Zuschüsse zur Verfügung. Die endgültige Beschlussfassung über die Höhe der gemeindlichen Zuschüsse liegt bei den jeweiligen Anteilskommunen. Aus diesen kommunalen Finanzierungsanteilen, dem Landeszuschuss für Musikschulen und dem Schulgeld des durchgeführten Unterrichts setzt sich das Gesamtbudget des Musikschulkreises zusammen.

(2) Aus diesem Budget werden folgende gemeinsam zu tragende Kosten des Musikschulkreises finanziert:

- a) der Jahresvergütungsaufwand des/r Musikschulleiters/ in
- b) der Jahresvergütungsaufwand der Musikpädagogen,
- c) der Jahresvergütungsaufwand der Verwaltungskräfte der Beteiligten zu 1.), die in der Geschäftsstelle des Musikschulkreises tätig sind,
- d) der Jahresvergütungsaufwand sonstiger Mitarbeiter/innen des Musikschulkreises, soweit die Beteiligten deren Einstellung zugestimmt haben,
- e) der Reisekostenaufwand, der für den Musikschulkreis entsteht

f) die Sachkosten, die für den Musikschulkreis entstehen, einschließlich der Kosten für die Inanspruchnahme von Honorarleistungen für Unterrichtsangebote

Alle weiteren Kosten (Sach- und Personalaufwand vor Ort) trägt jede Beteiligte selbst.

(3) Dieses Budget soll eingesetzt werden unter Berücksichtigung folgender Zielsetzungen:

- Organisation und Durchführung von Musikschulunterricht in allen Anteilskommunen für die in den Orten wohnhaften Kinder, Jugendliche und Erwachsenen entsprechend der dortigen Nachfrage.
- Berücksichtigung der Kostendeckungsbeiträge der unterschiedlichen Unterrichtsangebote bei der Einteilung der Lehrkräfte in den Unterricht.
- Minderung der kommunalen Finanzierungsanteile der Beteiligten.

(4) Auf diese festgelegten Finanzierungsanteile leisten die Beteiligten jeweils ein Viertel als Abschlagszahlung am 15.02., 15.05., 15.08. und 15.11. eines jeden Jahres.

(5) Nach Abschluss des Kalenderjahres erfolgt durch die Geschäftsstelle jeweils eine Jahresabrechnung. Dabei werden alle im Jahr entstandenen einzubeziehenden Kosten (§ 6 Abs. 2) entsprechend den in den Anteilskommunen durchgeführten Unterrichtseinheiten aufgeteilt und allen den Anteilskommunen zuzurechnenden Einnahmen gegenübergestellt. Aus dieser Berechnung ergeben sich unter Einbeziehung der Finanzierungsanteile (§ 6 Abs. 4) die jeweils auf die Anteilsgemeinden entfallenden Rechnungsergebnisse für das Jahr. Ein positives Rechnungsergebnis ist im Folgejahr für die jeweilige Kommune auf den Finanzierungsanteil anzurechnen; ein negatives Rechnungsergebnis ist durch die jeweilige Kommune mit den Abschlagszahlungen im Folgejahr auszugleichen.

§ 7

Sozialermäßigungen

(1) Jede Beteiligte trägt die Sozialermäßigungen für die Schüler/innen aus ihrem Zuständigkeitsbereich. Die Sozialermäßigungen werden auf die den jeweiligen Kommunen zugerechneten Schulgeldeinnahmen angerechnet und mindern so die Einnahmeseite in der gemeindlichen Jahresabrechnung (§ 6 Abs 5).

(2) Die Sozialermäßigungen werden im Rahmen der Jahresabrechnung für den Musikschulkreis als Anlage gesondert ausgewiesen – bezogen auf die für den Ermäßigungsbegünstigten zuständige Beteiligte und auch in einer Gesamtsumme.

§ 8

Musikschulausschuss

(1) Die Beteiligte zu 1.) bildet einen aus dreizehn stimmberechtigten Vertretern bestehenden Fachausschuss für Angelegenheiten der Musikschularbeit von grundsätzlicher und weittragender Bedeutung (Musikschulausschuss). Angelegenheiten dieser Art sind insbesondere wichtige Personalentscheidungen (Leiter der Musikschule, Stellvertreter), Festsetzung der Gebührentarife und Änderung der Angebotsstruktur.

(2) In den Musikschulausschuss entsendet jede Beteiligte neben ihrem Bürgermeister oder einem von diesem Beauftragten weitere Vertreter, wenn und soweit dies nach ihrem durchschnittlichen Finanzierungsanteil in den fünf der Kommunalwahlperiode vorausgegangenen Haushaltsjahren für

eine die Finanzierungsanteile verhältnismäßig abbildende Sitzverteilung erforderlich ist. Jedes Ausschussmitglied hat eine Stimme; alle Ausschussmitglieder haben die gleichen Rechte und Pflichten. Bis zum Ende der laufenden Kommunalwahlperiode bleibt der Musikschulausschuss in seiner bisherigen Zusammensetzung bestehen.

§ 9 Revisionsklausel

(1) Die Beteiligte zu 1) legt dem Musikschulausschuss rechtzeitig vor Ablauf des 3-Jahres-Finanzierungszeitraumes, spätestens zum 31.03. des 3. Jahres die Prognose der gemeindlichen Finanzierungsanteile für die folgende Finanzierungsperiode zur Vorberatung vor.

(2) Eine darüber hinausgehende Minderung des Finanzierungsanteils durch eine Beteiligte ist nur möglich, wenn und soweit die Beteiligte zu 1.) das entsprechende Stundendeputat durch arbeitsrechtliche Maßnahmen im Bereich des Lehrpersonals reduzieren kann. Ist dies nicht möglich, wird der Finanzierungsanteil so lange getragen und der nach Maßgabe von § 6 korrespondierende Unterricht so lange erbracht, bis solche Maßnahmen umgesetzt sind. Die Beteiligte zu 1.) ist auf Verlangen einer anderen Beteiligten verpflichtet, alle erforderlichen Maßnahmen im Sinne von Satz 1 zu ergreifen; Verstöße gegen diese Verpflichtung begründen für die andere Beteiligte das Recht zur fristlosen Kündigung dieser Vereinbarung.

§ 10 Geltungsdauer der Vereinbarung, Kündigung

(1) Diese Vereinbarung tritt am 01.01.2014 in Kraft und wird auf unbestimmte Zeit geschlossen. Sie kann von jeder Beteiligten unter Einhaltung einer Kündigungsfrist von drei Jahren, erstmalig am Ende der Zuschusslaufzeit (31.12.2016) mit Wirkung zum 31.12.2017 gekündigt werden. Die Kündigung bedarf der Schriftform.

(2) Im Fall der Kündigung von einer oder mehrer der Beteiligten bleibt das Anstaltsvermögen im Eigentum der Beteiligten zu 1.). Kündigen gleichzeitig mehr als drei der Beteiligten, wird der Musikschulkreis mit dem Ausscheiden der Beteiligten aus dieser Vereinbarung aufgelöst. In diesem Fall ist binnen 6 Monaten nach dem Ausscheiden eine Vereinbarung über die Verteilung des Anstaltsvermögens zu treffen, wobei sich die Verteilungsquoten nach den erbrachten Leistungen in den drei vorangegangenen Rechnungsjahren bestimmen. Im Streitfall entscheidet die Aufsichtsbehörde.

Lüdinghausen, den 18. Dezember 2013

Für die Stadt Lüdinghausen:
gez. Richard Borgmann, Bürgermeister
gez. Christine Karasch

Für die Gemeinde Nordkirchen:
gez. Dietmar Bergmann, Bürgermeister
gez. Josef Klaas

Für die Stadt Olfen:
gez. Josef Himmelmann, Bürgermeister
gez. Wilhelm Sendermann

Für die Gemeinde Senden:
gez. Alfred Holz, Bürgermeister
gez. Klaus Gilleßen

Für die Stadt Werne:
gez. Lothar Christ, Bürgermeister
gez. Elke Kappen

Genehmigung

Die öffentlich-rechtliche Vereinbarung zwischen der Stadt Lüdinghausen und den Städten und Gemeinden Nordkirchen, Olfen, Senden und Werne zum Betrieb einer Musikschule wird gemäß § 24 Abs. 2 in Verbindung mit § 29 Abs. 4 Nr. 2 des Gesetzes über kommunale Gemeinschaftsarbeit NRW – GkG NRW– in der Fassung der Bekanntmachung vom 01.10.1979 (GV. NRW. S. 621), zuletzt geändert durch Gesetz vom 23.10.2012 (GV. NRW. S. 474), genehmigt.

Coesfeld, den 21.07.2014

Der Landrat als untere
staatliche Verwaltungsbehörde

In Vertretung
gez. Gilbeau

Bekanntmachung

Die vorstehende öffentlich-rechtliche Vereinbarung und die Genehmigung mache ich gemäß § 24 Abs. 3 GkG NRW bekannt.

Coesfeld, den 21.07.2014

Der Landrat als untere
staatliche Verwaltungsbehörde

In Vertretung
gez. Gilbeau

81/2014 - Kreis Coesfeld

Öffentliche Auslegung des Entwurfs des Landschaftsplans Baumberge-Nord

Der Kreistag des Kreises Coesfeld hat am 09.04.2014 die öffentliche Auslegung des Landschaftsplans Baumberge-Nord sowie die Beteiligung der Träger öffentlicher Belange beschlossen.

Der Geltungsbereich des Landschaftsplans Baumberge-Nord erstreckt sich gem. § 16 Abs. 1 des Gesetzes zur Sicherung des Naturhaushalts und zur Entwicklung der Landschaft (Landschaftsgesetz – LG) auf den baulichen Außenbereich im Sinne des Bauplanungsrechts.

Das ca. 11.272 Hektar große Plangebiet umfasst im Wesentlichen das Gebiet der Stadt Billerbeck und der Gemeinde Havixbeck. Flächen der Gemarkung Coesfeld Kirchspiel sind nur geringfügig im Honigbachtal betroffen. Die genauen Abgrenzungen sind der anliegenden Karte zu entnehmen.

Gem. § 27c Abs. 1 S. 2 LG wird folgendes bekanntgemacht:

Der Entwurf des Landschaftsplans Baumberge-Nord wird gem. § 27c Abs. 1 S. 1 LG

in der Zeit vom 25.08. bis zum 26.09.2014

an folgenden Orten öffentlich ausgelegt:

Beim Landrat des Kreises Coesfeld

70 - Umwelt
Gebäude I, Zimmer 227
Friedrich-Ebert-Str. 7, 48653 Coesfeld
während der Dienststunden
montags bis freitags 08:30 - 12:00 Uhr
montags bis donnerstags 14:00 - 16:00 Uhr

Beim Bürgermeister der Stadt Billerbeck

Rathaus

Markt 1

48727 Billerbeck

während der Dienststunden

montags bis freitags 08:00 - 12:30 Uhr

montags bis mittwochs 13:30 - 17:00 Uhr

donnerstags 13:30 - 18:00 Uhr

freitags 14:00 - 17:00 Uhr

Beim Bürgermeister der Gemeinde Havixbeck

Rathaus

Willi-Richter-Platz 1

48329 Havixbeck

während der Dienststunden

montags bis freitags 08:30 - 12:00 Uhr

montags und dienstags 14:00 - 16:00 Uhr

donnerstags 14:00 - 18:00 Uhr

Während der Auslegungsfrist können Bedenken und Anregungen schriftlich oder zur Niederschrift vorgebracht werden.

Daneben besteht die Möglichkeit, den Entwurf des Landschaftsplans Baumberge-Nord im Internet unter www.kreis-coesfeld.de (siehe gesonderter Link auf der Startseite) einzusehen und auch über diesen Weg während der Auslegungsfrist Bedenken und Anregungen vorzubringen.

Ich weise darauf hin, dass seit der frühzeitigen Bürgerbeteiligung am 04.11.2013 für die geplanten Naturschutzgebiete, geschützten Landschaftsbestandteile und Naturdenkmäler nach § 42e Abs. 3 LG bis zum Inkrafttreten des Landschaftsplans ein Veränderungsverbot besteht. Die zum Zeitpunkt der Bürgerbeteiligung ausgeübte rechtmäßige Bewirtschaftungsform bleibt davon unberührt.

Coesfeld, 23.07.2014

Kreis Coesfeld

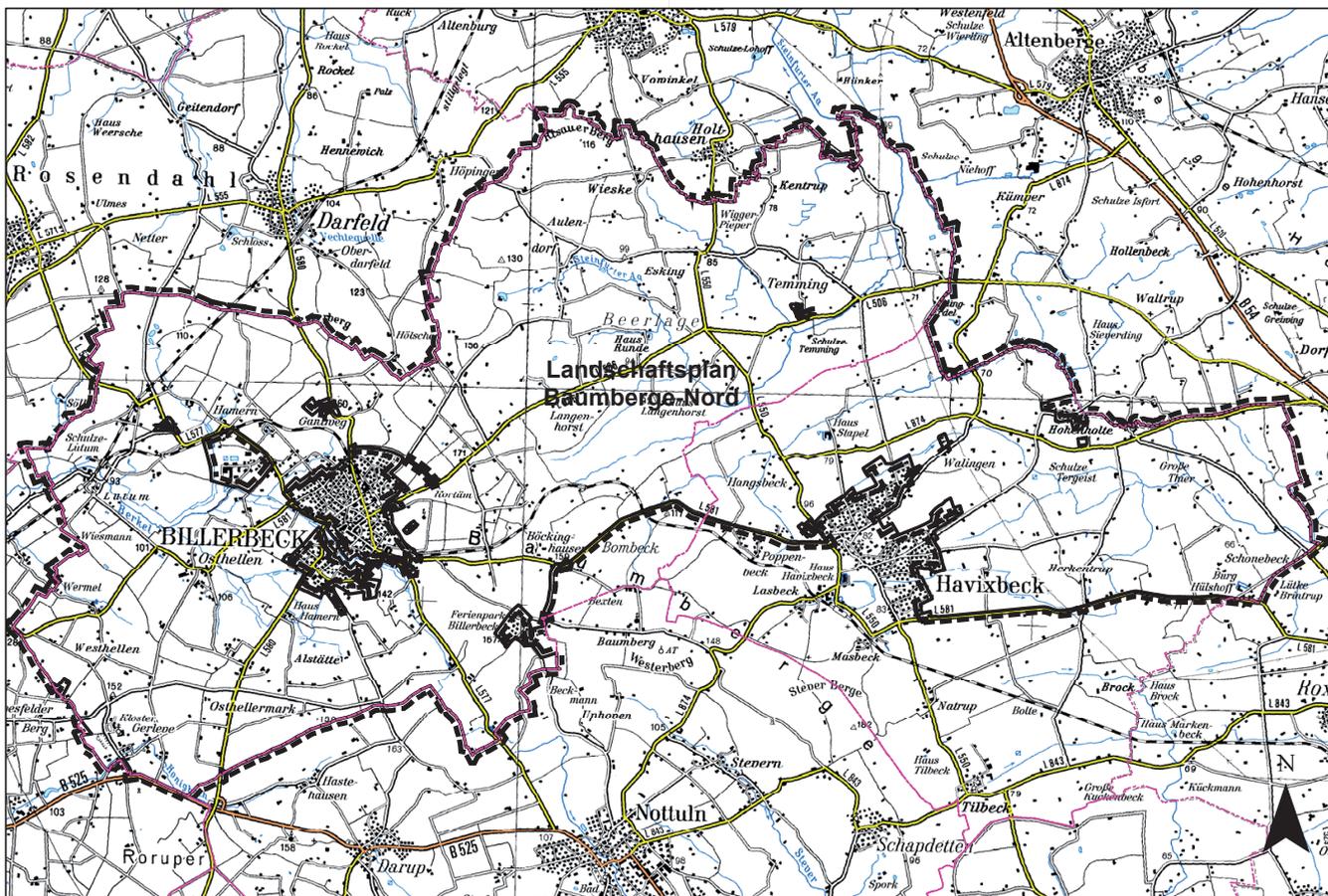
Der Landrat

70 - Umwelt

70.2 - Natur- und Bodenschutz

gez. Püning

Landrat

Übersichtsplan zum Entwurf des Landschaftsplans Baumberge-Nord

82/2014 - Kreis Coesfeld

Bekanntmachung gem. § 12 der 9. Verordnung zur Durchführung des Bundes-Immissionsschutzgesetzes zum Betrieb einer Anlage zum Halten von Mastschweinen in Lüdinghausen

Herr Hubert Kück hat einen Antrag zur wesentlichen Änderung und zum Betrieb einer Anlage zum Halten von Mastschweinen auf dem Grundstück Leversum 69, 59348 Lüdinghausen (Gemarkung Seppenrade, Flur 25, Flurstück 31), vorgelegt.

Der für den 26.08.2014 vorgesehene Erörterungstermin findet nicht statt.

Kreis Coesfeld, 29.07.2014

Der Landrat

70.1 – 2014/0399

Im Auftrag

gez. Sentis